



# WAHLPRÜFSTEINE

- Einwanderung -

## Was tun Sie konkret?

Das sagen die Parteien dazu ...

### 1. Wie steht Ihre Partei zur Aufnahme von Geflüchteten aus griechischen Flüchtlingslagern in Köln?

#### Die GRÜNEN

Für uns Grüne hat der Schutz von Menschenleben oberste Priorität. Daher haben wir die Initiative der Oberbürgermeisterin Henriette Reker unterstützt, ebenso Menschen aus Griechischen Lagern in Köln aufzunehmen wie Menschen aus Seenot zu retten und sie bei uns aufzunehmen (Sicherer Hafen Köln).

#### DIE LINKE

DIE LINKE hat den Ratsbeschluss unterstützt und im Vorfeld mitvorbereitet, 100 Personen und zusätzlich 16 unbegleitete Minderjährige aufzunehmen, zusätzlich zu den Geflüchteten, die ihr über den Verteilungsschlüssel zugewiesen werden. Die von der Zivilgesellschaft erhobenen Forderungen diesbezüglich haben wir aufgegriffen und im Rat dafür geworben. Damit die zusätzliche Aufnahme von Geflüchteten aus Lagern oder der Seenotrettung im Mittelmeer nicht immer an der schwarz-gelben Landesregierung scheitert,

#### CDU

Wir stehen hinter der Initiative der Oberbürgermeisterin, die mit anderen Städten angeboten hat, unbegleitete Minderjährige über das berechnete Kontingent hinaus aufzunehmen.

#### OB Frau Reker

Als Oberbürgermeisterin von Köln habe ich mich bereits 2019 zusammen mit meinen Kollegen aus Bonn und Düsseldorf zur Aufnahme von Geflüchteten aus den griechischen Flüchtlingslagern bereit erklärt. Der Rat der Stadt Köln hat sich im Februar 2020 ebenfalls für die Aufnahme von Geflüchteten ausgesprochen. Die Bilder aus Moria, vom Mittelmeer, aus anderen Lagern können niemanden kalt lassen. Ich appelliere an die Bundes- und Landesregierung, sich für

#### FDP

Was die Aufnahme von Geflüchteten betrifft, gilt: Die Entscheidung darüber trifft allein die Bundesregierung. Die Entscheidung über Aufnahmekapazitäten muss beim Bund liegen und niemanden sonst. Die Kommunen können indes ihre Bereitschaft dokumentieren, in schwierigen Situationen Flüchtlinge aus humanitären Gründen aufzunehmen. Auch über die Aufnahmequote hinaus. Wir haben in der Vergangenheit erlebt, dass in akuten

#### SPD

Im Rat haben wir uns immer für eine menschenrechtsorientierte Geflüchtetenaufnahme eingesetzt. Auch im Bereich der Aufenthaltspolitik haben wir uns in Köln insbesondere gegen die Verschärfungen in der Gesetzgebung, z. B. das unsägliche sog. Geordnete-Rückkehr-Gesetz ausgesprochen. Leider wurde das Gesetz im Bundesrat nicht gestoppt. Wir werden uns daher in Köln insbesondere dafür einsetzen, dass Ermessensspielräume im Sinne der Betroffenen genutzt werden. Bezüglich der Aufnahme haben wir unheimlich viel Glück gehabt, dass die Zivilgesellschaft und die Träger die Behörden im „Sommer der



# WAHLPRÜFSTEINE

- Einwanderung -

## Was tun Sie konkret?

Das sagen die Parteien dazu ...

setzen wir uns dafür ein, ein eigenständiges Recht der Kommunen, Geflüchtete aufzunehmen, im Aufenthaltsgesetz zu verankern. Die Blockadehaltung der Landesregierung haben wir oft thematisiert und die Stadtspitze dazu aufgefordert, bei den Verantwortlichen zu intervenieren.

die Menschen stark zu machen und ihnen die Einreise in die „sicheren Häfen“ zu ermöglichen.

Notsituationen wie auf den griechischen Inseln oder bei akuter Kindeswohlgefährdung, Städte sich bereit erklärt haben, Familien oder Kinder aufzunehmen. Im Rahmen solcher Programme, sollte das Land sich beteiligen und im Rahmen des Möglichen auch die Städte, die ihre Aufnahmebereitschaft signalisiert haben. Vor diesem Hintergrund hat die FDP in diesem Jahr die Aufnahme von griechischen Flüchtlingen in unserer Stadt unterstützt.

Flucht“ unterstützt hat. In Köln hat sich die Situation sehr verbessert. Die meisten Menschen konnten in Wohnungen ziehen und zum Teil auch Jobs finden. Im nächsten Rat wollen wir dafür sorgen, dass noch mehr Menschen aus den Gemeinschaftsunterkünften herauskommen und hier Arbeit finden. Wir haben immer wieder betont, dass wir in Köln Platz haben und Menschen aus den Elendslagern in Griechenland und Libyen aufnehmen wollen. Die jetzige Situation ist beschämend, und wir werden weiter darauf hinwirken, dass diese Menschen endlich gerettet werden.





# WAHLPRÜFSTEINE

- Einwanderung -

## Was tun Sie konkret?

Das sagen die Parteien dazu ...

### 2. Wie kann es aus Ihrer Sicht gelingen, in Bezug auf die Einwanderung aus Südosteuropa die Hilfsangebote (Kölner Angebote und SGB-Leistungen) besser zu verzahnen?

#### SPD

Mit den von uns im Sozialausschuss beschlossenen Maßnahmenplan „Humanitäre Hilfen für Menschen aus den Staaten der EU-Osterweiterung“ wurde zunächst akute Not gelindert. Das niederschwellige Angebot in der Vorgebirgsstraße bietet seither erste Hilfen für Menschen, für die das bestehende Hilfesystem keine Angebote vorhält. Und genau das ist das eigentliche Problem. Denn EU-Bürgerinnen und -Bürgern, z. B. aus Rumänien oder Bulgarien, fehlen die sozialrechtlichen Leistungsansprüche nach dem SGB. Das ist das eigentliche Problem, das auf europäischer

#### Die GRÜNEN

In Köln ist das breite und gut verzahnte soziale Regelsystem erweitert durch besondere Angebote für Menschen aus den Ländern der EU-Osterweiterung. Dazu gehören die von uns initiierten "Humanitären Hilfen" ebenso wie die Projekte "Alveni links und rechts vom Rhein" oder "Willkommen und Ankommen in Köln". Ergänzt durch weitere Stellen im Streetwork und einem Sprach- und Kulturmittler\*innen-Pool haben sie inzwischen eine nachweisbar gute Wirkung erzielt. Es wäre von enormen Vorteil, wenn die

#### DIE LINKE

Arbeitsmigranten aus Südosteuropa kommen im Rahmen der EU-Freizügigkeit nach Köln, um hier Geld zu verdienen, um ihre Familien zu ernähren. Ansprüche auf Sozialleistungen haben sie selten. Deshalb ist es wichtig, Beratungsprojekte – insbesondere zur Arbeitsmarktintegration – zu verstetigen. Die Stadt Köln soll darüber hinaus alle rechtlichen Möglichkeiten nutzen, ihnen im Bedarfsfall den Zugang zu Leistungen des SGB II und SGB XII zu gewähren. Oft leben diese Menschen mit vielen Leidensgenossen äußerst beengt in schrottreifen Immobilien. Hier muss die Stadt einerseits gegen Mietwucher aktiv

#### CDU

Bezüglich dieser Fragestellung liegen uns keine Antworten vor.

#### OB Frau Reker

Die Zuständigkeit liegt hier beim Sozialamt, welches sich diesem Thema bereits angenommen hat. Köln hat als einzige Stadt in NRW ein Angebot, welches sich speziell an Südosteuropäerinnen und -europäer richtet.

#### FDP

Nach unserer Beobachtung wird diese Problematik bei der Verwaltung gesehen und berücksichtigt.



Caritas für Köln fragt nach

# WAHLPRÜFSTEINE

- Einwanderung -

## Was tun Sie konkret?

Das sagen die Parteien dazu ...

und bundesdeutscher Ebene beseitigt werden muss. In Köln wollen wir so viele freiwilligen Hilfen wie möglich bieten. Insbesondere müssen wir uns um die prekäre Arbeits- und Wohnsituation von zugewanderten EU-Bürger\*innen aus Osteuropa kümmern. Auch das Jobcenter und die Arbeitsagentur müssen eingebunden werden, damit den Leuten eine Perspektive ermöglicht werden kann. Nicht vergessen sollte man auch die wirtschaftliche, soziale und medizinische Lage von Menschen ohne Papiere, deren Zahl nur schwer zu schätzen ist und die auch ohne Wertung ihres sozialen Status zu den höchst gefährdeten Menschen in dieser Stadt gehören.

Projekte eine dauerhafte EHAP-Förderung erhalten würden.

werden, andererseits den Menschen und ihren Familien Ersatzwohnraum anbieten, und dafür selbst günstigen Wohnraum schaffen.

Viele dieser Menschen können sich oder ihre Kinder nicht ordnungsgemäß anmelden, weil dann die Wohnung als überfüllt gilt. Diese Kinder haben es schwer, in Köln trotz Schulpflicht einen Schulplatz zu bekommen. Diese skandalöse Taktik muss sofort beendet werden; alle Kinder müssen zeitnah in die Schule gehen dürfen.